

Siebert, Horst

Article — Digitized Version

Aus vollem Rohr - Neue Bundesländer: Riskante Feuerwehrrolle der Politik

Wirtschaftswoche

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Siebert, Horst (1991) : Aus vollem Rohr - Neue Bundesländer: Riskante
Feuerwehrrolle der Politik, Wirtschaftswoche, ISSN 0042-8582, Verlagsgruppe Handelsblatt,
Düsseldorf, Vol. 45, Iss. 13, pp. 95-98

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1461>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen
Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle
Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich
machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen
(insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten,
gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort
genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal
and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to
exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the
internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content
Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise
further usage rights as specified in the indicated licence.*

NEUE BUNDESLÄNDER: *Riskante Feuerwehrrolle der Politik*

Aus vollem Rohr

Die Regierung muß auf die Marktkräfte setzen, um die Misere im Osten schnell zu beenden. Strukturpolitik führt zu einem Faß ohne Boden.

Unternehmensschließungen und der rapide Anstieg der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern haben die Öffentlichkeit und die Politiker aufgeschreckt. Die Sorge vor sozialen Unruhen geht um, während gleichzeitig weitere Unternehmen vor dem „Aus“ stehen.

In dieser Situation stellt sich schnell die Meinung ein, daß die Politik intervenieren müsse. Die Politiker sehen sich in der

VON HORST SIEBERT

Rolle der Feuerwehr: „Hier ist ein Problem. Wir lösen es.“ Entsprechend umfangreich ist das beschlossene Maßnahmenpaket der Regierung:

- Investitionen in den neuen Bundesländern werden mit einer Sofortabschreibung von bis zu 50 Prozent im ersten Jahr gefördert. Hinzu kommen eine lineare Abschreibung, je nach Investitionsgut von bis zu zehn Prozent, und kumulativ eine nicht steuerpflichtige Investitionszulage von zwölf Prozent. Damit werden etwa die Hälfte der Investitionsausgaben vom Staat getragen.

- Die öffentlichen Leistungen für die neuen Bundesländer (einschließlich der Sozialversicherungen und der Ausgaben des Bundes für die Infrastruktur in Ostdeutschland) werden - nach 40 Milliarden Mark 1990 - vom Institut für Weltwirtschaft in diesem Jahr auf 120 Milliarden Mark veranschlagt. Dies macht mehr als die Hälfte des Bruttozusatzprodukts der neuen Bundesländer (etwa 210 Milliarden Mark) aus. Zum Vergleich dazu: Die Marshallplan-Hilfe lag unter zwei Prozent des westdeutschen Sozialprodukts.

Die Feuerwehrrolle der Politik bringt erhebliche Risiken mit sich: Werden auf lange Sicht die Weichen der Wirtschaftspolitik falsch gestellt? Begnügt man sich mit einem Kurieren an den Symptomen



Demonstrierende Interflug-Mitarbeiter: Politiker befürchten soziale Unruhen

und einer Art Neutralisierungspolitik, statt an die Ursachen heranzugehen? Wo liegen die Zielkonflikte zwischen der schnellen Antwort und einem langfristig erfolgreichen Konzept? Und: Wie verträgt sich die Feuerwehrrolle des Politikers mit seiner Aufgabe, die Rahmenbedingungen richtig zu setzen, damit die Marktkräfte wirken können?

Die Unternehmen der Ex-DDR waren an die Bedingungen der Planwirtschaft angepaßt: Mengenvorgaben für Outputs und Inputs, verzerrte Verrechnungspreise, die weder die Weltmarktknappheiten noch die Energie- und Umweltkosten widerspiegeln, Ausrichtung auf das Comecon, ungenügende Produktqualitäten und obsoleter Kapitalstock sind die Stichworte.

Die 316 Kombinate waren Dinosaurier, die einem kosmischen Schock der Marktwirtschaft ausgesetzt wurden. Es

wäre eine falsche Weichenstellung, nicht überlebensfähige Einheiten am Leben erhalten zu wollen.

Der Zielkonflikt zwischen dem Erhalten alter und dem Schaffen neuer Firmen ist komplexer, als es auf den ersten Blick erscheint: Schützt man die alten Unternehmen, so bleiben sie auf ihren Grundstücken sitzen, und Gewerbefläche für die neuen wird nicht bereitgestellt. Werden die alten subventioniert, fehlen Mittel für die neuen. Und die alten bestimmen das Lohnniveau mit, zu dem die neuen anzutreten haben.

Die DDR-Wirtschaft war durch große Unternehmenseinheiten gekennzeichnet. Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten stellten über 70 Prozent der industriellen Arbeitsplätze. Dagegen bringen in Westdeutschland - und ähnlich in den USA - die kleinen Firmen die Beschäftigung: 78 Prozent der Arbeitsplätze in der

gewerblichen Wirtschaft kommen aus Betrieben unter 500 Beschäftigten. Es wäre arbeitsmarktpolitisch verfehlt, auf die Elefanten zu setzen.

Die Politik der neuen Bundesländer erweckt den Eindruck, daß es darauf ankommt, die bestehenden Firmen zu erhalten, weil auf diese Weise Arbeitsplätze nicht verlorengehen. Natürlich findet dies die Sympathie der Bevölkerung, aber leider ist es eine äußerst kurzfristige Strategie. Die Wahl sollte eindeutig sein: Man muß die Menschen beim Übergang schützen, aber man kann die Ineffizienz und Vergeudung der Planwirtschaft nicht in die Marktwirtschaft mitnehmen.

Konkret bedeutet dies Transferzahlungen an die betroffenen Arbeitnehmer, vom Kurzarbeitergeld über das Qualifizierungsprogramm bis zur Arbeitslosenunterstützung. Leider haben marktwirtschaftliche Ideen hier keine Chance.

Warum gibt man entlassenen ostdeutschen Arbeitnehmern neben dem Arbeitslosengeld nicht einen Qualifizierungsgutschein, der bei jeder beliebigen deutschen Unternehmung eingereicht werden kann, die einen Arbeitnehmer für eine gewisse Zeit einstellt. Der Kupon

rungsprogramm dezentral unter Mithilfe der privaten Wirtschaft organisieren.

Die Politik, insbesondere aus den neuen Bundesländern, fordert verstärkt, daß die Treuhand die Unternehmen der Ex-DDR zuerst sanieren, also effizient machen, und dann erst privatisieren soll. So

■ ————— ■
Strukturpolitik:

**Ausgabenprogramme
wecken Begehrlichkeiten
und führen
zur Vergeudung.**

verständlich dieser Ansatz auf den ersten Blick erscheint – er ist verfehlt. Die Treuhand kann nicht die Aufgabe übernehmen, die noch nicht veräußerten 7300 Unternehmen mit bisher etwa fünf Millionen Beschäftigten effizient zu machen. Es wäre so, als ob das Bundeswirtschaftsministerium die 100 größten westdeut-

mung auf Dauer keine Verluste produziert und überlebensfähig ist. Diese Entscheidung kann nicht von der Politik getroffen werden.

Die Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer drängen die Treuhand in die Rolle einer expliziten Strukturpolitik, oder sie fordern die Regionalisierung der Treuhand mit landespolitischem Einfluß. Auch die Kommunen wollen sich als Unternehmer betätigen. Die Politik er setzt den Markt.

An dieser Frage wird sich entscheiden, ob die deutsche Integration wirtschaftlich ein Erfolg werden wird. Wenn man den Weg einer expliziten Strukturpolitik geht, wird man die Erfahrungen mit den altindustriellen Sektoren in Westdeutschland wiederholen – um ein Vielfaches potenziert.

Auch die derzeitige Strategie „Volles Rohr“, damit die Pferde der Investoren „saufen“, ist nicht ohne Risiken, da die kapitalintensiven Produktionen begünstigt werden. Aber die explizite Strukturpolitik und die Erhaltung der alten Kolosse würde zu einem Faß ohne Boden führen.

„Kasse macht sinnlich“ heißt eine alte Weisheit der Finanzpolitik, und es umschleicht einen die Sorge, daß Ausgabenprogramme Begehrlichkeiten wecken und zur Vergeudung führen. Es bestand doch einmal Einigkeit darüber, daß vorwiegend private Investitionen den Aufschwung herbeiführen müssen. Manchem scheint dagegen heute ein New Deal Rooseveltscher Dimensionen für die neuen Bundesländer vorzuschweben.

Wir können die Grundfrage für die Weichenstellung der Wirtschaftspolitik darauf reduzieren, ob die Politik die derzeitigen Verwerfungen neutralisiert – sozusagen die Symptome behandelt – oder ob sie im Sinn einer Kausaltherapie die Probleme an der Wurzel packt. Dazu zählt an erster Stelle die Beseitigung der Eigentümerunsicherheit und eine schnelle Privatisierung der Unternehmen (warum nicht auch der kommunalen Wohnungen?), der Aufbau einer effizienten Verwaltung, Bereitstellung von Gewerbeflächen, ein stromlinienförmiges Entscheidungsverfahren bei Infrastrukturprojekten, eine vorsichtige Anwendung der westdeutschen Regulierungen, die für eine entwickelte Marktwirtschaft, aber nicht für den Übergang von der Planwirtschaft konzipiert sind, und eine Absicherung und Qualifizierung der Arbeitnehmer.

Vor allem aber muß man jetzt – wie 1948 Ludwig Erhard – den Mut und die Ausdauer haben, auf die Marktkräfte zu setzen.



Wartburg-Mitarbeiter: Betriebe wurden Schock der Marktwirtschaft ausgesetzt

lautet auf einen Betrag X, den die einstellende Unternehmung vom Staat erhält.

Der Arbeitnehmer hat dann die Wahl, ob er sich von einer privaten Unternehmung oder einer kommunalen Arbeitsbeschaffungsstelle einstellen läßt. Er kann auch vorübergehend – für einige Monate – bei einem Handwerker oder einer Firma im Westen arbeiten. Auf diese Weise ließe sich ein effizientes Qualifizie-

schen Unternehmen als Staatskonzern leiten würde.

Wer von der Treuhand Sanierung oder gar Strukturpolitik fordert, verkennt, daß in der Marktwirtschaft nicht nur Gütermärkte eine Rolle spielen. Auf dem Kapitalmarkt entscheidet sich, ob es sich im Urteil der Sparer und Kapitalanleger lohnt, Finanzmittel in eine Unternehmung zu stecken, ob also eine Unterneh-